



AGENDA

FÖJ 2023/24

Die politische Agenda des Freiwilligen Ökologischen Jahres 2023/24 ist der Konsens der gewählten Sprecher:innen, welcher die politische und gesellschaftliche Meinung der FÖJler:innen widerspiegelt. Für den diesjährigen Jahrgang sind besonders das FÖJ für Alle, eine nachhaltige soziale Landwirtschaft, ein günstiger ÖPNV, eine wehrhafte Demokratie, die Stärkung des Arbeitsrechtes und menschenfreundliche EU-Außengrenzen von besonderer Relevanz.



Erfahre mehr über das FÖJ unter

WWW.FOEJ.DE

Inhaltsverzeichnis:

- 1. Wehrhafte Demokratie**
 - 1.1.** Antifaschistische Bildungsarbeit
 - 1.2.** Relevanz des Wählens
 - 1.3.** Unabhängiger Verfassungsschutz
 - 1.4.** Transparente Entscheidungsprozesse
 - 1.5.** Wahlrecht ab 16
- 2. Soziale und nachhaltige Landwirtschaft**
 - 2.1.** Förderung saisonaler/regionaler Lebensmittel
 - 2.2.** Positionierung gegen Pestizide
 - 2.3.** Artgerechte Tierhaltung
 - 2.4.** Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Kleinbauern
 - 2.5.** Verantwortungsvoller Umgang mit Düngemitteln
 - 2.6.** Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft
 - 2.7.** Beibehaltung Regularien zur biologischen Landwirtschaft
- 3. Macht der Großkonzerne**
 - 3.1.** Privatisierung
 - 3.2.** Lieferkettengesetz und Arbeitsbedingungen
 - 3.3.** Stoppen des Freihandelsabkommens
 - 3.4.** Ressourcenverschwendung
 - 3.5.** Steuerschlupflöcher stopfen
 - 3.6.** Monopole zerschlagen
 - 3.7.** Unabhängigkeit fördernde Wirtschaft
 - 3.8.** Sozialer Wohnungsbau im Besitz der öffentlichen Hand
- 4. Arbeitskampf**
 - 4.1.** 4-Tage-Woche
 - 4.2.** Stabile Gewerkschaftsarbeit
 - 4.3.** Faire Löhne
 - a)** Bedingungsloses Grundeinkommen
 - b)** Gender-Pay-Gap
 - c)** Vermögensumverteilung
 - d)** Streikrecht stärken
- 5. Teilzeit Möglichkeiten im Freiwilligen Ökologischen Jahr**

- 6.** Freie Fahrt für Freiwillige
- 7.** Günstiger ÖPNV
 - 7.1.** Förderung des ÖPNV
 - 7.2.** Bessere Arbeitsbedingungen
 - 7.3.** Option a: kostenloser ÖPNV
 - 7.4.** Option B: günstiger ÖPNV
- 8.** Wenige Populismus mehr Wissenschaft
- 9.** Lebensmittelverschwendung
- 10.** FÖJ für alle
 - 10.1** Pflichtdienst
- 11.** Menschenfreundliche EU-Außengrenzen

1. Wehrhafte Demokratie:

1.1 Antifaschistische Bildungsarbeit:

Wir setzen uns für die Förderung von politischer Bildungsarbeit ein, insbesondere im Kontext der antifaschistischen Bildung. Antifaschistische Bildungsarbeit zielt darauf ab, Menschen über die Gefahren des Faschismus aufzuklären, sie zu sensibilisieren und zu befähigen, sich aktiv gegen faschistische Ideologien, Strukturen und Tendenzen zu stellen. Dabei vermittelt sie Wissen über die historischen Ursprünge des Faschismus, seine ideologischen Grundlagen und seine Auswirkungen auf Gesellschaften und Einzelpersonen. Sie betont die Bedeutung der Verteidigung demokratischer Werte, der Achtung von Menschenrechten, der Vielfalt und der Toleranz. Darüber hinaus fördert sie die Entwicklung von Fähigkeiten zur kritischen Reflexion, zur Zivilcourage und zur aktiven Teilnahme an demokratischen Prozessen.

Wir glauben fest daran, dass Aufklärung und Sensibilisierung über die Gefahren des Faschismus und extremistischer Ideologien von entscheidender Bedeutung sind, um demokratische Werte zu stärken und die Grundlagen einer gerechten Gesellschaft zu bewahren. Daher setzen wir uns dafür ein, Menschen zu ermächtigen, sich aktiv gegen jegliche Formen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und autoritärem Denken zu stellen.

Unsere politische Agenda fordert daher eine verstärkte Integration antifaschistischer Bildungsprogramme in Schulen, Universitäten und öffentlichen Institutionen. Wir sind überzeugt, dass eine fundierte politische Bildung dazu beiträgt, die Demokratie zu schützen, die Widerstandsfähigkeit gegen extremistische Ideologien zu stärken und eine inklusive Gesellschaft zu fördern, in der Vielfalt und Toleranz gelebt werden.

1.2 Relevanz des Wählens:

Die Betonung der Bedeutung des Wahlrechts und der politischen Partizipation ist von entscheidender Bedeutung, um die demokratischen Grundprinzipien zu stärken und extremistischen Bewegungen wirksam entgegenzutreten. Ein aktives Engagement in politischen Prozessen ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern, ihre Stimme zu erheben, ihre Interessen zu vertreten und an der Gestaltung ihrer Gesellschaft teilzuhaben. Durch die Ausübung ihres Wahlrechts können Menschen demokratische Entscheidungsträger*innen wählen, die ihre Werte und Anliegen unterstützen. Eine breite politische Partizipation fördert zudem den Dialog und den Austausch unterschiedlicher Perspektiven, was wiederum die Grundlage für eine inklusive und pluralistische Demokratie bildet. Indem wir die Menschen ermutigen, sich aktiv am demokratischen Prozess zu beteiligen, können wir extremistischen Bewegungen

erfolgreich entgegenwirken und eine starke, widerstandsfähige Gesellschaft aufbauen, die auf dem Fundament von Toleranz, Respekt und demokratischen Werten ruht.

1.3 Unabhängiger Verfassungsschutz:

Im Hinblick auf die Stärkung demokratischer Werte und den Schutz vor extremistischen Bedrohungen fordern wir die Schaffung eines Verfassungsschutzes der von der Legislative unabhängig agiert. Dies ist entscheidend für die Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung und den Schutz der Grundrechte. Ein unabhängiger Verfassungsschutz stützt sich auf transparente und objektive Methoden und kann so extremistische Tendenzen effektiv identifizieren und bekämpfen, ohne politischer Einflussnahme ausgesetzt zu sein. Dies ist ein unverzichtbares Instrument zur Sicherung unserer demokratischen Gesellschaft und zur Gewährleistung der Freiheit und Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger.

1.4 Transparente Entscheidungsprozesse:

Wir setzen uns vehement für transparente Entscheidungsprozesse in der Politik ein. Dies umfasst insbesondere die Einstufungsverfahren von politischen Extremen. Wir fordern eine offene und nachvollziehbare Vorgehensweise bei der Bewertung und Klassifizierung politischer Bewegungen und Parteien, um Manipulationen und politische Instrumentalisierungen zu verhindern. Transparente Entscheidungsprozesse sind unerlässlich für die Aufrechterhaltung demokratischer Prinzipien und die Sicherung individueller Freiheiten. Wir setzen uns dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in die Integrität und Objektivität politischer Entscheidungsprozesse behalten und aktiv an der Gestaltung ihrer Gesellschaft teilnehmen können.

1.5 Wahlrecht ab 16:

Senkung des Wahlalters und Politische Bildungsarbeit für junge Menschen:

Wir setzen uns entschieden für die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein und fordern gleichzeitig eine verstärkte politische Bildungsarbeit für junge Menschen. Durch die Senkung des Wahlalters ermöglichen wir es Jugendlichen, frühzeitig an demokratischen Prozessen teilzunehmen und ihre Stimme in politischen Entscheidungen zu haben. Dies fördert nicht nur die politische Partizipation, sondern stärkt auch das Verantwortungsbewusstsein und das demokratische Bewusstsein.

Zusätzlich zur Senkung des Wahlalters ist es von entscheidender Bedeutung, eine umfassende politische Bildungsarbeit anzubieten, die junge Menschen befähigt, informierte Entscheidungen zu treffen und sich aktiv in politische Diskussionen einzubringen. Durch gezielte Programme und Initiativen sollen Jugendliche über demokratische Werte, politische Prozesse und gesellschaftliche Herausforderungen informiert werden, um sie darin zu befähigen über ihr Leben und ihre Zukunft mitzubestimmen.

Diese Maßnahmen sind entscheidend für die Förderung einer lebendigen und inklusiven Demokratie, in der die Stimmen aller Mitglieder der Gesellschaft gehört und respektiert werden.

2. Soziale und Nachhaltige Landwirtschaft:

2.1 Förderung saisonaler/regionaler Lebensmittel:

Die Förderung saisonaler und regionaler Lebensmittel durch politische Maßnahmen ist von entscheidender Bedeutung für die Schaffung nachhaltiger und widerstandsfähiger Lebensmittelversorgungssysteme. Der Konsum saisonaler und regionaler Produkte bietet zahlreiche Vorteile für die Gesellschaft und die Umwelt. Durch gezielte politische Initiativen können wir den Zugang zu diesen Lebensmitteln erleichtern und gleichzeitig lokale Wirtschaftskreisläufe stärken sowie CO₂-Emissionen reduzieren.

Der Kauf saisonaler und regionaler Lebensmittel unterstützt lokale Produzent*innen und Landwirt*innen, fördert die Vielfalt landwirtschaftlicher Produkte und trägt zur Sicherung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten bei. Darüber hinaus vermeiden wir durch die Reduzierung von Transportwegen für importierte Lebensmittel den Ausstoß schädlicher Treibhausgase, was einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz leistet. Die Förderung dieser Praktiken durch politische Maßnahmen wie Subventionen für lokale Landwirte, die Schaffung von Vermarktungsinitiativen für regionale Produkte und die Integration von saisonalen Lebensmitteln in öffentliche Beschaffungsprogramme ist daher unerlässlich, um eine nachhaltige und zukunftsfähige Ernährungssicherheit zu gewährleisten.

2.2 Positionierung gegen Pestizide:

Wir sind gegen Pestizide und für die Förderung alternativer, ökologischer Anbaumethoden zur Erhaltung der Umwelt- und Lebensqualität. Pestizide stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Umwelt, die Gesundheit der Menschen und die Biodiversität dar. Wir setzen uns daher entschieden für die Reduzierung und schließlich den Ausschluss von Pestiziden in der Landwirtschaft ein. Gleichzeitig

unterstützen wir alternative Anbaumethoden, die auf natürlichen Prozessen und nachhaltigen Praktiken beruhen.

2.3 Artgerechte Tierhaltung:

Wir setzen uns entschieden für artgerechte Tierhaltung und die Bekämpfung von Massentierhaltung ein, um das Wohlergehen von Tieren zu gewährleisten und ökologische Schäden zu minimieren. Artgerechte Tierhaltung bedeutet für uns, dass Tiere entsprechend ihren natürlichen Bedürfnissen leben können, mit tatsächlich ausreichendem Platz, artgerechter Ernährung und Zugang zu frischer Luft und Bewegungsmöglichkeiten. Die Reduzierung von Massentierhaltung ist von entscheidender Bedeutung, um Tierleid zu minimieren und Umweltschäden durch übermäßige Ressourcennutzung, Verschmutzung und den Einsatz von Antibiotika zu verringern. Wir streben eine nachhaltige Agrarwirtschaft an, die den Respekt vor Tier und Natur in den Mittelpunkt stellt und eine gesunde und ethische Nahrungsmittelproduktion fördert.

2.4 Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Kleinbauern:

Die Unterstützung von Kleinbäuer*innen sowie Solidarischen Landwirtschaften (SoLaWis) ist unserer Meinung nach von entscheidender Bedeutung für die Förderung einer vielfältigen und nachhaltigen Agrarwirtschaft. Durch gezielte politische Maßnahmen und finanzielle Unterstützung können wir sicherstellen, dass diese Akteure Zugang zu Ressourcen, Märkten und Bildung erhalten, um ihre Betriebe zu stärken und ökologische Anbaumethoden zu fördern. Die Förderung von Kleinbäuer*innen trägt nicht nur zur Erhaltung traditioneller landwirtschaftlicher Praktiken und zum Schutz der ländlichen Kultur bei, sondern auch zur Schaffung einer diversifizierten und widerstandsfähigen Agrarlandschaft. Gleichzeitig ermöglichen Solidarische Landwirtschaften eine direkte Verbindung zwischen Produzent*innen und Verbraucher*innen, fördern den Austausch von Wissen und Ressourcen und tragen zur Schaffung lokaler, nachhaltiger Ernährungssysteme bei. Unsere politische Agenda sieht daher vor, gezielte Maßnahmen zur Unterstützung von Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Solidarischen Landwirtschaften zu implementieren, um eine zukunftsfähige und gerechte Agrarwirtschaft zu fördern.

2.5 Verantwortungsvoller Umgang mit Düngemitteln:

Die Überarbeitung der Richtlinien für den Einsatz von Düngemitteln ist von entscheidender Bedeutung, um Umweltschäden zu minimieren und die Qualität von

Boden und Wasser langfristig zu sichern. Durch eine gezielte Anpassung der Vorschriften können wir die Belastung der Umwelt durch übermäßigen Einsatz von Düngemitteln verringern. Es ist unerlässlich, Maßnahmen zu ergreifen, die eine nachhaltige Bewirtschaftung von Ressourcen fördern und den Schutz der Umwelt gewährleisten. Die Überarbeitung dieser Richtlinien sollte auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, Forschung und Politik intensivieren, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln, die den ökologischen Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden.

2.6 Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft:

Unser Jahrgang setzt sich vehement für ein umfassendes Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft ein und fordert die Einführung einer strengen Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Produkte. Dieser Schritt ist von entscheidender Bedeutung, um die Artenvielfalt zu schützen und kommerzielle Ausbeutung zu verhindern. Mit einem Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft würde ein starkes Zeichen für den Schutz unserer Umwelt und der biologischen Vielfalt gesetzt werden. Die Einführung einer klaren Kennzeichnungspflicht ermöglicht es den Verbrauchern, informierte Entscheidungen zu treffen und wählen Produkte, die im Einklang mit ihren Werten und Überzeugungen stehen. Wir setzen uns entschlossen für eine nachhaltige und verantwortungsvolle Landwirtschaft ein, die den langfristigen Schutz unserer Umwelt und unserer Gesundheit gewährleistet.

2.7 Beibehaltung Regularien zur biologischen Landwirtschaft:

Unsere politische Agenda setzt sich nachdrücklich für das Festhalten an den Regularien zur biologischen Landwirtschaft ein, insbesondere im Hinblick auf Fruchtfolgen. Wir sind fest davon überzeugt, dass nachhaltige Anbaumethoden von großer Relevanz sind, um die Umwelt zu schützen, die Biodiversität zu erhalten und die langfristige Gesundheit unserer Böden zu gewährleisten. Durch die Unterstützung und Förderung biologischer Landwirtschaftsmethoden, die auf einer sorgfältigen Planung von Fruchtfolgen basieren, streben wir eine zukunftsfähige Agrarwirtschaft an, die im Einklang mit den ökologischen Grenzen unseres Planeten steht.

3. Macht der Großkonzerne

Die ungeheure Macht globaler Großkonzerne hat direkte Auswirkungen auf die politische Landschaft und trägt maßgeblich zur Klimakrise bei. Es ist alarmierend festzustellen, dass lediglich 100 Unternehmen für rund 70% der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind. Diese Konzentration von Macht und Einfluss geht Hand in Hand mit einer unverhältnismäßigen Kontrolle über politische Entscheidungsprozesse. Die Einflussnahme auf die Politik durch Großkonzerne untergräbt die demokratischen Prinzipien und erschwert es, effektive Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise umzusetzen. Unser Jahrgang spricht sich daher entschieden dafür aus, die Macht der Großkonzerne einzudämmen und ihre Verantwortlichkeit für die Klimakrise anzuerkennen. Dies erfordert eine umfassende Regulierung, die sicherstellt, dass Unternehmen für ihre Umweltauswirkungen verantwortlich gemacht werden und dass politische Entscheidungen unabhängig von wirtschaftlichen Interessen getroffen werden.

3.1 Privatisierung

Wir sind gegen Privatisierung und gewinnorientierte Nutzung von lebenswichtigen Ressourcen wie Wasser, Gesundheitsversorgung, Energie, und Infrastruktur. Diese Güter sind grundlegende Bedürfnisse der Gesellschaft und dürfen nicht den Profitinteressen einzelner Unternehmen untergeordnet werden. Die Privatisierung und gewinnorientierte Nutzung solcher Ressourcen birgt das Risiko von Ausbeutung, Preissteigerungen und unzureichender Versorgung für diejenigen, die sich dies nicht leisten können. Unsere politische Agenda fordert daher eine Wirtschaftsstruktur, die darauf abzielt, diese lebenswichtigen Ressourcen in öffentlichem Besitz zu halten und zum Wohl der gesamten Gemeinschaft zu verwalten. Durch die Förderung von öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen im Besitz der Gemeinschaft können wir sicherstellen, dass der Zugang zu diesen lebenswichtigen Gütern für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist und nicht der Gewinnmaximierung Einzelner dient.

3.2 Lieferkettengesetz und Arbeitsbedingungen

Die Einführung eines Lieferkettengesetzes ist von entscheidender Bedeutung, um die Arbeitsbedingungen entlang globaler Lieferketten zu verbessern und Unternehmen zur Einhaltung sozialer und ökologischer Standards zu verpflichten. Das Ziel müsste sein, die Rechte von Arbeitnehmer*innen weltweit zu stärken und sicherzustellen, dass sie unter fairen Bedingungen arbeiten können. Ein Lieferkettengesetz würde es ermöglichen, Unternehmen für die Bedingungen in ihren Lieferketten verantwortlich zu machen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie faire Löhne zu gewährleisten. Durch die Stärkung der Rechte von Arbeitnehmer*innen können wir

Ausbeutung und Missbrauch entgegenwirken und eine gerechtere Weltwirtschaft fördern.

3.3 Stoppen von Freihandelsabkommen

Die zunehmende Verbreitung von Freihandelsabkommen hat zur Verdrängung kleinerer und regionaler Unternehmen sowie zur Bildung von Monopolen geführt, was die Vielfalt und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gefährdet. Wir fordern daher ein Ende dieser Abkommen, die die Interessen großer Konzerne über die Bedürfnisse kleinerer Unternehmen stellen. Wir setzen uns für eine faire Handelspolitik ein, die den Schutz lokaler Märkte und die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen priorisiert. Durch die Unterstützung lokaler Unternehmen können wir die Vielfalt und Resilienz der Wirtschaft stärken und eine gerechtere Verteilung von Wohlstand fördern.

3.4 Ressourcenverschwendung

Die Bekämpfung der Ressourcenverschwendung durch die Förderung von langlebigen und reparaturfähigen Produkten ist essenziell. Wir setzen uns für Maßnahmen ein, die es Verbraucher*innen ermöglichen, bewusste und nachhaltige Kaufentscheidungen zu treffen. Dies beinhaltet die Förderung von Produkten mit hoher Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit sowie die Eindämmung von geplanter Obsoleszenz. Durch die Reduzierung der Verschwendung von Ressourcen können wir nicht nur die Umwelt schonen, sondern auch die Wirtschaft effizienter gestalten und deren riesigen ökologischen Fußabdruck verringern.

3.5 Steuerschlupflöcher stopfen

Die Schließung von Steuerschlupflöchern ist unerlässlich, um eine gerechte Besteuerung und eine angemessene Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicherzustellen. Wir setzen uns dafür ein, dass Großkonzerne und vermögende Individuen ihren gerechten Beitrag zum Gemeinwohl leisten und nicht durch legale Schlupflöcher ihre Steuerlast minimieren können. Durch die Schließung von Steuerschlupflöchern können wir die Einnahmen für öffentliche Investitionen erhöhen und die soziale Gerechtigkeit stärken.

3.6 Monopole zerschlagen

Die Zerschlagung von Monopolen ist entscheidend, um den Wettbewerb zu fördern und die Vielfalt in der Wirtschaft zu erhalten. Monopole und marktbeherrschende Stellungen von Großkonzernen führen zu einer Verzerrung des Wettbewerbs und können Innovationen und faire Preise behindern. Wir sprechen uns daher dafür aus, Monopole aufzubrechen und die Marktstrukturen zu dezentralisieren, um eine gerechte und dynamische Wirtschaft zu schaffen.

3.7 Unabhängigkeit fördernde Wirtschaft

Die Förderung einer unabhängigen Wirtschaft, insbesondere in Ländern des Globalen Südens, ist ein zentrales Anliegen in unserer politischen Agenda. Durch Maßnahmen wie einen Schuldenerlass für verschuldete Länder können wir ihre wirtschaftliche Autonomie stärken und ihnen die Möglichkeit geben, ihre eigenen Entwicklungspfade zu verfolgen. Eine unabhängige Wirtschaftspolitik ermöglicht es diesen Ländern, ihre natürlichen Ressourcen nachhaltig zu nutzen und ihre Bevölkerung aus der Armut zu befreien.

3.8 Sozialer Wohnungsbau im Besitz der öffentlichen Hand

Die Förderung von sozialem Wohnungsbau im Besitz der öffentlichen Hand ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Bemühungen um eine gerechtere und nachhaltigere Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass Wohnraum als grundlegendes Menschenrecht anerkannt wird und dass der Staat eine aktive Rolle bei der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum spielt. Durch den Ausbau von sozialem Wohnungsbau im Besitz der öffentlichen Hand können wir sicherstellen, dass Wohnraum für alle Bürgerinnen und Bürger erschwinglich ist und dass niemand aufgrund seiner finanziellen Situation von angemessenem Wohnraum ausgeschlossen wird.

4.Arbeitskampf

4.1 vier-Tage-Woche

Wir setzen uns dafür ein, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Einführung einer 4-Tage-Woche zu fördern. Wir glauben, dass eine verkürzte Arbeitswoche nicht nur zu einer besseren Work-Life-Balance für Arbeitnehmer*innen führen würde, sondern auch zu einer Steigerung der Produktivität und Zufriedenheit am Arbeitsplatz beitragen kann. Durch die Schaffung von Bedingungen für eine 4-Tage-Woche streben wir eine fortschrittliche Arbeitspolitik an, die den sich wandelnden

Bedürfnissen der Arbeitnehmer*innen gerecht wird und zu einer gerechteren Verteilung von Arbeit und Wohlstand in der Gesellschaft beiträgt.

4.2 Stabile Gewerkschaftsarbeit

Wir setzen uns entschlossen für stabile Gewerkschaftsarbeit ein und lehnen jegliche Form von Union-Busting ab. Wir fordern die uneingeschränkte Anerkennung und Stärkung der Gewerkschaften sowie den Schutz der Rechte von Arbeitnehmervertretungen wie Betriebsräten. Union-Busting, das darauf abzielt, die Gründung und Aktivitäten von Gewerkschaften zu behindern oder zu verhindern, ist inakzeptabel und untergräbt die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer*innen. Wir fordern die Schaffung eines rechtlichen Rahmens, der Gewerkschaftsarbeit schützt und fördert sowie Arbeitnehmervertretungen in ihrer wichtigen Rolle unterstützt, die Rechte und Belange der Beschäftigten zu verteidigen. Ein respektvoller Umgang mit Gewerkschaften und Betriebsräten ist unerlässlich für eine faire und gerechte Arbeitswelt, in der die Stimmen der Arbeitnehmer*innen gehört und respektiert werden.

4.3 Faire Löhne

a) *Bedingungsloses Grundeinkommen*

In unserer politischen Agenda setzen wir uns entschlossen für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ein, das auf den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität basiert. Wir glauben daran, dass das BGE ein wirksames Instrument zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit ist und den Menschen die Möglichkeit bietet, ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu führen. Das bedingungslose Grundeinkommen sichert jedem Bürger und jeder Bürgerin ein existenzsicherndes Einkommen unabhängig von ihrer Erwerbstätigkeit zu. Es schafft eine soziale Absicherung, die es den Menschen ermöglicht, ihre grundlegenden Bedürfnisse zu decken und sich auf persönliche Entfaltung, Bildung und soziale Teilhabe zu konzentrieren - und das ohne existenzielle Ängste. Durch die Einführung des BGE können wir den Druck auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse mindern und Arbeitsbedingungen verbessern. Es eröffnet neue Möglichkeiten für kreative und gemeinwohlorientierte Tätigkeiten jenseits des traditionellen Arbeitsmarktes und fördert soziale Innovation und kulturelle Vielfalt. Darüber hinaus stärkt das bedingungslose Grundeinkommen die individuelle Freiheit und Autonomie, indem es den Menschen mehr Entscheidungsfreiheit über ihr Leben gibt. Es trägt zu einer gerechteren Verteilung von Reichtum und Chancen bei und fördert eine solidarische Gesellschaft, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, sein volles Potenzial zu entfalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass das bedingungslose Grundeinkommen als zentrales Element einer fortschrittlichen Sozialpolitik fest verankert wird, um eine gerechtere und humanere Gesellschaft zu schaffen, in der das Wohl aller im Mittelpunkt steht.

b) Gender-Pay-Gap

Die Schließung der Lohnlücke zwischen den Geschlechtern ist essenziell. Der Gender-Pay-Gap ist ein Zeichen struktureller Ungleichheit und Diskriminierung, das dringend überwunden werden muss, um eine gerechte und inklusive Gesellschaft zu schaffen. Wir fordern eine transparente Lohnpolitik, die gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit sicherstellt. Dies beinhaltet die Offenlegung von Lohnstrukturen und die Verpflichtung von Unternehmen zur Überprüfung und Beseitigung von geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden. Darüber hinaus setzen wir uns für Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung am Arbeitsplatz ein, wie beispielsweise die Förderung von Frauen in Führungspositionen und die Schaffung von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen. Zusätzlich fordern wir eine Aufwertung von Berufen, die traditionell von Frauen ausgeübt werden und eine angemessene Entlohnung dieser Tätigkeiten, wie beispielsweise in der Pflege- und Betreuungsarbeit.

Wir glauben fest daran, dass die Schließung des Gender Pay Gap nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit ist, sondern auch entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung und das Wohlergehen unserer Gesellschaft. Indem wir die strukturellen Ursachen der Lohnungleichheit angehen und für gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit eintreten, schaffen wir eine fairere und inklusivere Gesellschaft für alle Geschlechter.

c) Vermögensumverteilung

Wir fordern eine gerechte Verteilung von Reichtum. Die zunehmende Ungleichheit bei Vermögen ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit und erfordert dringend wirksame Maßnahmen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Wir fordern eine progressive Besteuerung von Vermögen, um diejenigen stärker zur Kasse zu bitten, die über beträchtlichen Reichtum verfügen. Durch eine gerechte Besteuerung von Vermögen können wir die Einnahmen für dringend benötigte öffentliche Investitionen mobilisieren und soziale Programme stärken, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einführung von Erbschaftssteuern und Schenkungssteuern ein, um die Ansammlung von Vermögen über Generationen hinweg einzudämmen und die Chancengleichheit zu fördern. Wir unterstützen die Schaffung von öffentlichen Vermögensfonds, die dazu dienen, den Reichtum der Gesellschaft zu nutzen und langfristige soziale Ziele zu fördern, wie beispielsweise Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. Des Weiteren fordern wir eine Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte und eine gerechte

Entlohnung, um sicherzustellen, dass der Wohlstand gerecht verteilt wird und nicht nur einer kleinen Elite zugutekommt.

Wir sind der festen Überzeugung, dass eine gerechte Vermögensumverteilung nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit ist, sondern auch entscheidend für die Stabilität und Nachhaltigkeit unserer Gesellschaft. Indem wir uns für eine gerechtere Verteilung von Reichtum einsetzen, schaffen wir eine solidarische Gesellschaft, in der jede*r die Möglichkeit hat, ihr volles Potenzial zu entfalten.

d) Streikrecht stärken

Wir betonen die Bedeutung der Anerkennung und Stärkung des Streikrechts, einschließlich des Rechts auf Dienstverweigerung für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst. Das Streikrecht ist ein grundlegendes Menschenrecht und spielt eine wesentliche Rolle bei der Wahrung der Arbeitnehmerrechte. Es dient als Instrument zur Durchsetzung fairer Arbeitsbedingungen, gerechter Löhne und sozialer Gerechtigkeit.

Wir fordern die Anerkennung des Streikrechts für alle Beschäftigtengruppen, auch für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst. Sie sollten das Recht haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren und bei Arbeitskonflikten zu streiken, um ihre Interessen zu verteidigen und für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Zudem unterstützen wir das Recht auf Dienstverweigerung für Beamte, besonders in Situationen, in denen ethische Bedenken oder moralische Grundsätze mit beruflichen Pflichten kollidieren. Dieses Recht sollte geschützt und respektiert werden, um individuelle Gewissensfreiheit und moralische Integrität zu gewährleisten.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Streikrecht und das Recht auf Dienstverweigerung gesetzlich verankert und geschützt werden, um die Arbeitnehmerrechte zu stärken und eine gerechte und demokratische Arbeitswelt zu fördern. Durch die Stärkung dieser Rechte tragen wir zur Förderung von sozialer Gerechtigkeit und Demokratie bei.

5. Teilzeit Möglichkeiten im Freiwilligen Ökologischen Jahr

Wir als Freiwillige setzen wir uns entschieden dafür ein, dass Teilzeitbeschäftigung auch ohne Taschengeldkürzung uneingeschränkt möglich sein muss. Vorausgesetzt, dass sowohl die Einsatzstelle als auch der Träger des FÖJ zustimmen. Wir glauben daran, dass Teilzeitbeschäftigung eine wichtige Möglichkeit für Freiwillige im FÖJ darstellt, um ihre individuellen Bedürfnisse und Verpflichtungen besser mit ihrem Engagement zu vereinbaren. Es sollte keine finanziellen Nachteile geben, wenn sich

Freiwillige dafür entscheiden in Teilzeit zu arbeiten, solange ihre Arbeitseinsätze und Verpflichtungen erfüllt werden.

Darüber hinaus fordern wir eine angemessene Taschengelduntergrenze, die sich am Existenzminimum orientiert. Dies sollte dem Existenzminimum abzüglich des Kindergeldes entsprechen und jährlich an die Inflation angepasst werden. Eine angemessene Entlohnung ist entscheidend, um sicherzustellen, dass Freiwillige im FÖJ ein würdevolles Leben führen können und nicht von finanziellen Sorgen belastet werden.

Durch die Förderung von Teilzeitbeschäftigung und angemessener Entlohnung im FÖJ tragen wir dazu bei, die Teilhabe und Chancengleichheit für künftige Freiwillige zu verbessern und eine gerechtere und inklusivere Gesellschaft zu schaffen. Indem wir ihre individuellen Bedürfnisse und Lebensumstände berücksichtigen, ermöglichen wir es, Engagement im FÖJ bestmöglich zu gestalten und einen wertvollen Beitrag zum Umweltschutz und zur Nachhaltigkeit zu leisten.

6 . Freie Fahrt für Freiwillige

Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, den Freiwilligen im FÖJ freie Fahrt im öffentlichen Nahverkehr zu gewähren. Die Freiwilligen leisten einen unschätzbaren Beitrag für die Gesellschaft. Es ist wichtig anzuerkennen, dass die meisten Freiwilligen im FÖJ nur geringfügig entlohnt werden, während sie gleichzeitig eine Vielzahl von Einsatzstellen, Seminaren, Projekten und Alltagsterminen wahrnehmen müssen. Die Kosten für den öffentlichen Nahverkehr können daher einen erheblichen finanziellen Aufwand darstellen, der in keinem Verhältnis zum Taschengeld der Freiwilligen steht. Aus diesem Grund fordern wir, dass Freiwillige im FÖJ einen kostenlosen Zugang zum öffentlichen Nahverkehr erhalten, um ihre Mobilität zu gewährleisten und ihr gesellschaftliches Engagement zu honorieren.

Diese Maßnahme sollte in einem weiteren Schritt auch den Fernverkehr einschließen, um die Anerkennung des gesellschaftlichen Engagements der Freiwilligen im FÖJ zu unterstreichen und ihre Mobilität über regionale Grenzen hinweg zu erleichtern.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Gewährung freier Fahrt im öffentlichen Nahverkehr für Freiwillige im FÖJ nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit ist, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und zur Stärkung des Gemeinwohls leistet. Indem wir die Mobilität der Freiwilligen erleichtern, unterstützen wir ihr Engagement und tragen zur Schaffung einer gerechteren und solidarischeren Gesellschaft bei.

7 . Günstiger ÖPNV

Wir fordern einen günstigen und zugänglichen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), um eine nachhaltige und soziale Mobilität für alle zu gewährleisten.

7.1 Förderung des ÖPNV:

Ein bezahlbarer ÖPNV sorgt dafür, dass mehr Menschen öffentliche Verkehrsmittel nutzen und somit den Individualverkehr reduzieren, was sowohl die Umwelt entlastet als auch die Lebensqualität in urbanen und ländlichen Gebieten erhöht. Dies kann jedoch nur durch einen gleichzeitigen Ausbau des Verkehrs- und Streckennetzes realisiert werden. Ein gut ausgebautes Netz ist entsprechend die Grundlage für einen effektiven und zuverlässigen ÖPNV.

7.2 Bessere Arbeitsbedingungen:

Für die nachhaltige Verbesserung des ÖPNV sind auch bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Verkehrswesen unerlässlich. Faire Löhne, sichere Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend, um qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten.

7.3 Option a: Kostenloser ÖPNV

Ein kostenloser ÖPNV könnte durch die Verstaatlichung und entsprechende Finanzierung realisiert werden. Die Vorteile liegen auf der Hand:

- **Bürokratieabbau:** Vereinfachung der Verwaltung und Reduzierung der Kosten durch die Abschaffung von Ticketkontrollen und Vertrieb.
- **Abschaffung des Schwarzfahrens:** Mit einem kostenlosen ÖPNV entfällt das Problem des Schwarzfahrens vollständig.
- **Entlastung der Bevölkerung:** Besonders einkommensschwache Schichten profitieren immens von einem kostenfreien Zugang zu Mobilität.

7.4 Option b: Günstiger ÖPNV

Alternativ setzen wir uns für eine starke Subventionierung des ÖPNV ein, um die Preise für Fahrgäste deutlich zu senken. Die Vorteile dieses Ansatzes sind:

- **Schrittweise Umsetzung:** Die Umstellung kann realistisch und schrittweise erfolgen, indem die Preise Jahr für Jahr gesenkt werden.
- **Umstrukturierung mit Augenmaß:** Eine sukzessive Vergünstigung erlaubt es, die notwendigen Umstrukturierungen im Verkehrssystem planvoll und nachhaltig durchzuführen.

Durch die Förderung eines günstigen und attraktiven ÖPNV leisten wir einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zum Umweltschutz. Ein solcher

Ansatz unterstützt nicht nur die Klimaziele, sondern verbessert auch die Lebensqualität und Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger.

8 . Weniger Populismus mehr Wissenschaft

In unserer Agenda setzen wir uns für weniger Populismus und mehr Wissenschaft und Forschung ein. Ein zentrales Anliegen ist die Kennzeichnung von gesicherten, vertrauenswürdigen Quellen in Politik und Medien, um die Verbreitung von Falschinformationen zu reduzieren.

Wir fordern die verstärkte Nutzung von faktenbasierten, wissenschaftlichen und transparenten Quellen in politischen Entscheidungsprozessen und öffentlichen Debatten. Durch die Betonung auf wissenschaftliche Evidenz und vertrauenswürdige Informationen können wir populistische Tendenzen eindämmen und eine fundierte, rationale Politikgestaltung fördern.

Aufklärungsarbeit über das, was "vertrauenswürdig" bedeutet, ist unerlässlich. Wir setzen uns für Bildungsprogramme ein, die den Bürgerinnen und Bürgern helfen, die Qualität und Verlässlichkeit von Informationen zu beurteilen. Dies beinhaltet das Verständnis von Studien, Forschungsergebnissen und der Auswertung von Informationen.

Darüber hinaus fordern wir höhere Standards für die Medien, um sicherzustellen, dass Berichterstattung und Informationsverbreitung auf fundierten und überprüften Daten basieren.

Durch diese Maßnahmen streben wir eine informierte Gesellschaft an, die auf Wissen und Vernunft basiert, und eine Politik, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und verlässlichen Informationen fußt. Weniger Populismus und mehr Wissenschaft und Forschung sind der Schlüssel zu einer zukunftsorientierten, demokratischen und aufgeklärten Gesellschaft.

9 . Lebensmittelverschwendung

Wir fordern umfassende Maßnahmen, um den bewussten Umgang mit Lebensmitteln zu fördern und Ressourcen zu schonen. Lebensmittelverschwendung ist ein großes gesellschaftliches und ökologisches Problem, das dringend angegangen werden muss.

Wir fordern die Abschaffung strenger Gemüse-Richtlinien, die beispielsweise krumme Bananen und gerade Möhren betreffen. Lebensmittel sollten aufgrund ihrer Form nicht aussortiert werden müssen, sondern für den Verzehr zugelassen werden.

Lebensmittelverschwendung muss steuerlich belastet oder verboten werden, um Anreize zur Vermeidung zu schaffen. Es ist notwendig, dass das Angebot stärker an die tatsächliche Nachfrage angepasst wird, um Überschüsse zu vermeiden.

Wir setzen uns für die Förderung von Regionalität und Saisonalität ein, um den Transportaufwand zu reduzieren und lokale Produzenten zu unterstützen. Initiativen wie "Too Good To Go" und "Foodsharing" sollten verbreitet und attraktiver gemacht werden, auch im Rahmen der Ökologischen Freiwilligendienste (FÖJ).

Supermärkte und Unternehmen müssen verpflichtet werden, bewusst mit Lebensmitteln umzugehen und Maßnahmen gegen Verschwendung zu ergreifen. Containern, also das Retten von weggeworfenen, aber noch genießbaren Lebensmitteln, sollte legalisiert und letztlich überflüssig gemacht werden.

Wir fordern eine Reform und bessere Aufklärung über das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD), um zu verhindern, dass noch genießbare Lebensmittel unnötig entsorgt werden. In Restaurants und Mensen sollten kleine Portionen mit der Möglichkeit zum Nachschlag angeboten werden, um Reste zu minimieren.

Aufklärung über die Ursachen und Folgen von Lebensmittelverschwendung sowie die Weitergabe nicht verkaufter Lebensmittel an soziale Projekte sind hierbei von absolut großer Bedeutung.

Lebensmittelverschwendung verbraucht unnötig Ressourcen wie (Anbau-)Flächen, Wasser, Arbeitskräfte, Energie und verursacht zusätzliche Umweltbelastungen durch Pestizide und Transport. Sie führt zu höheren Lebensmittelpreisen, da die Kosten für entsorgte Lebensmittel auf die Verbraucher umgelegt werden und ist nicht zuletzt auch am Hunger auf der Welt beteiligt. Zudem fördert Lebensmittelverschwendung Tierleid, indem mehr Tiere für die Produktion gehalten und geschlachtet werden, die schlussendlich doch in der Tonne landen. Indem wir Lebensmittelverschwendung stoppen, schützen wir die Umwelt, bekämpfen den Welthunger und sorgen für niedrigere Preise und weniger Tierleid.

10 . FÖJ für alle

Wir setzen uns entschieden für eine Reform ein, die eine breite Teilnahme am FÖJ ermöglicht und die bestehenden Herausforderungen adressiert. Die Möglichkeit, sich gesellschaftlich zu engagieren, Erfahrungen in ökologischen Berufen zu sammeln und

sich als Mensch weiter zu entwickeln muss unabhängig von der jeweiligen finanziellen Situation und der Herkunft möglich sein.

Wir beobachten, dass die derzeitige Bürokratie und die komplizierten Bewerbungsverfahren den Zugang zum FÖJ erschweren. Daher fordern wir niedrigschwelligere Möglichkeiten, um ein FÖJ zu beginnen, um mehr Menschen die Teilnahme zu ermöglichen.

Es ist wichtig, dass alle Beteiligten, einschließlich der Einsatzstellen (ESTs), Träger, Pädagog*innen und Freiwilligen, über die Ziele und Prinzipien des inklusiven FÖJ informiert werden. Eine umfassende Aufklärung und Briefing aller Beteiligten ist daher unerlässlich, um mehr Offenheit und Transparenz im Programm zu schaffen.

Es besteht ein Mangel an Informationen für Interessierte, Träger und ESTs, insbesondere zu Themen wie Inklusion und Unterstützungssystemen. Wir setzen uns daher für mehr Transparenz und eine verbesserte Informationsbereitstellung ein, um sicherzustellen, dass alle Beteiligten über die notwendigen Informationen verfügen.

Es muss eine Förderung für barrierefreie Einsatzstellen geben und ausführliche Informationen über diese für potenzielle Freiwillige zur Verfügung stehen.

Finanzielle Probleme dürfen nicht dazu führen, dass Menschen vom FÖJ ausgeschlossen werden. Deshalb setzen wir uns für mehr Fördermöglichkeiten ein, die beantragt werden können, und fordern die Einrichtung einer (behördlichen) Anlaufstelle, um Freiwillige bei finanziellen Fragen zu unterstützen.

Wir sind der Meinung, dass das FÖJ eine wichtige Rolle spielt, jedoch dürfen Freiwillige nicht als Ersatz für reguläre Arbeitskräfte betrachtet werden. Daher setzen wir uns zudem dafür ein, die Arbeitsmarktneutralität des Programms sicherzustellen.

Zudem fordern wir bezahlbaren Wohnraum für Freiwillige, der unter anderem durch den Zugang zu Studierendenwohnheimen geschaffen werden kann, um ihnen eine angemessene Unterkunft während ihres Freiwilligendienstes zu ermöglichen.

10.1 Pflichtdienst Wir als FÖJ Jahrgang 2023/24 stehen einem Pflichtdienst eher kritisch gegenüber und sehen die Freiwilligkeit in den Freiwilligendiensten als zentralen Aspekt. Dabei müssen aber Bedingungen geschaffen werden um die Attraktivität der Freiwilligendienste zu erhöhen. Beispielsweise müssen alle die Möglichkeit haben einen Freiwilligendienst zu absolvieren und dürfen nicht aufgrund einer schwierigen finanziellen Lage davon ausgeschlossen sein. In diesem Zuge fordern wir den Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst, sodass alle die einen Freiwilligendienst leisten möchten dies auch können. Ein weiterer Aspekt ist der fehlende Informationsfluss über die verschiedenen Möglichkeiten in und über die Jugendfreiwilligendienste. Häufig wird in Schulen nicht ausreichend über die Jugendfreiwilligendienste aufgeklärt und informiert Daher sehen wir eine

Informationspflicht an Schulen über die Jugendfreiwilligendienste und die verschiedenen Formate der Jugendfreiwilligendienste als notwendig.

11 . Menschenfreundliche EU-Außengrenzen

Teil unserer politischen Agenda in diesem Jahr ist ein Starker Appell für die Schaffung von menschenfreundlichen EU-Außengrenzen und einer humanen und gerechten Migrationspolitik, die die Rechte und Würde von Geflüchteten und Migrant*innen respektiert.

Wir fordern die Legalisierung und Finanzierung der Seenotrettung, um das Leben von Menschen in Seenot zu schützen und Tragödien auf dem Mittelmeer zu verhindern. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Lockerung des Asylrechts ein und fordern die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten und Bleibeperspektiven für Schutzsuchende.

Wir kritisieren die aktuelle Praxis der Abschiebung als fragwürdig und ungerecht und fordern die Abschaffung bürokratischer Hürden sowie die Bereitstellung menschenwürdiger Unterkünfte für Geflüchtete.

Um die EU-Außengrenzen zu entmilitarisieren, setzen wir uns für eine Abkehr von einer militarisierten Grenzpolitik ein und fordern stattdessen eine Politik, die auf Solidarität und Menschenrechten basiert.

Wir lehnen die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete ab und setzen uns stattdessen für eine verbesserte Erstaufnahmeeinfrastructure ein, die Flüchtlingslager und eine umfassende medizinische Versorgung einschließt.

Darüber hinaus fordern wir eine bessere Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft durch Aufklärung und Maßnahmen gegen Stadtteil-Segregation.

Wir treten gegen eine Diskriminierung von Geflüchteten aufgrund ihrer Fluchtursache ein und fordern die Anerkennung des Klimawandels als Fluchtgrund. Zudem setzen wir uns für die Abschaffung von Unterscheidungen aufgrund von Herkunft und Hautfarbe ein, um eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten.

Unsere Agenda zielt darauf ab, eine menschenfreundliche und solidarische Migrationspolitik zu fördern, die auf den Prinzipien der Menschenwürde, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung basiert. Und dies für alle Menschen.